



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

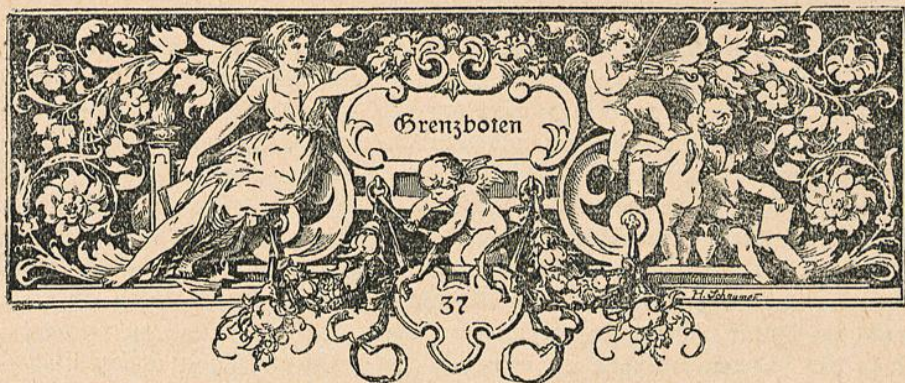
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hartung, Fritz: Die Politik der Entente in den Jahren 1908 bis 1914 : ein
Beitrag zur Schuldfrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 14. September 1921

Jeder Staat soll die Bürgschaft seiner
Sicherheit allein in sich selber suchen.
Treitschke

Die Politik der Entente in den Jahren 1908 bis 1914

Ein Beitrag zur Schuldfrage

Von Professor Dr. Fritz Hartung



ie Frage nach der Schuld am Kriege ist eine Schicksalsfrage für das deutsche Volk. Auf die Behauptung, daß Deutschland den Krieg vorsätzlich herbeigeführt habe, stützt der Bund unserer Feinde den Versailler Frieden, der nicht wie frühere Friedensschlüsse einen Ausgleich unter den Machtverhältnissen der Staaten herbeiführen, sondern Deutschland bestrafen und zur Strafe vernichten will; noch auf der Londoner Konferenz hat Lloyd George anerkannt, daß die wichtigsten Bestimmungen des Friedens von der Schuldfrage abhängen.

Auch innerpolitisch ist diese Frage von ungeheurer Tragweite; denn der Hauptteil der Schuld, mit der unser altes Regierungssystem beladen sein soll, besteht in der Annahme, daß es zur Erlangung der Weltherrschaft mit voller Absicht auf den Krieg losgesteuert sei.

Unter diesen Umständen bedarf es wohl keiner Rechtfertigung, wenn wir Historiker die Schuldfrage nicht als Angelegenheit der Fachgelehrsamkeit im engen Kreise behandeln, sondern das Interesse der Allgemeinheit dafür in Anspruch zu nehmen wagen. Wir werden damit den methodischen Grundzügen unserer Wissenschaft nicht untreu, wollen sie vielmehr gegenüber der Leidenschaft des politischen Kampfes, dem es nicht um die Wahrheit, sondern um Verdammung des politischen Gegners zu tun ist, wieder zur Geltung bringen. Wir erblicken unsere Aufgabe nicht darin, möglichst rasch zu dem einfachen Ergebnis: schuldig oder unschuldig zu gelangen, sondern wollen mit hantelscher Objektivität zunächst nur ein Bild davon geben, „wie es eigentlich gewesen“.

Für diese Aufgabe gilt es vor allem, eine ausreichende Grundlage zu finden. Die sozialistische Regierung der ersten Revolutionswochen hat teils aus blinder Verkenntung der Stimmungen des feindlichen Auslandes, teils aus gehässiger Parteinut durch Eisner und Kautsky einige Akten aus dem Juli 1914 veröffentlicht, die kriegerische Absichten der deutschen Regierung zu beweisen schienen. Die Entente hat dieses Material natürlich mit Freuden aufgegriffen und ihre Anklage fast ausschließlich auf den Vorgängen des Juli 1914 aufgebaut. Der Weg, den unser deutsches Weißbuch (Deutschland schuldig? Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, Berlin 1919) einschlug, auch die Politik unserer Gegner in den Jahren vor dem Kriege zu betrachten, ist in den späteren deutschen und österreichischen Veröffentlichungen unbegreiflicherweise wieder verlassen worden. Sowohl die deutschen „Dokumente zum Kriegsausbruch“*) wie die österreichischen „Diplomatischen Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914“**) beschränken sich auf die Zeit vom Attentat zu Serajewo bis zum Kriegsausbruch. Demgegenüber muß der Historiker zunächst seinen methodischen Grundsatz zur Geltung bringen, daß vom besonderen Anlaß die tieferliegenden Ursachen zu unterscheiden sind. Nur dann können wir die Politik des Juli 1914 richtig beurteilen, wenn wir die Politik der vorhergehenden Jahre kennen; denn diese haben die gewitterschwangere Atmosphäre geschaffen, aus der der zündende Blitz entstanden ist. Für diese Auffassung dürfen wir uns auch auf Sir Edward Grey berufen, der im Sommer 1912 erklärt hat: wenn der Krieg ausbräche (in Verbindung mit den damaligen Wirren auf dem Balkan), so läge der wahre Grund soviel tiefer, als die sekundären Ursachen, die den Krieg hervorrufen könnten, daß er keine ernstliche Garantie erblicke, daß England und Deutschland trotz ihrer geringen Balkaninteressen nicht auch in den Krieg hineingezogen werden würden***).

Aber wir müssen unser Thema nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich erweitern. Es genügt nicht, auf Grund der deutschen Akten festzustellen, was die deutsche Politik in den Jahren vor dem Kriege gewollt und getan hat, sondern wir müssen einmal auch wissen, wie sie auf die anderen Mächte gewirkt hat, was diese von ihr erwartet haben. Und dann können Absichten, Handlungen und Unterlassungen der deutschen Regierung richtig verstanden werden lediglich aus den Voraussetzungen heraus, unter denen sie erwachsen sind. Diese aber wurden durch die Politik der anderen Mächte gegeben.

Alles das können wir aus den deutschen Akten, auch wenn sie mit noch so breiter Ausführlichkeit abgedruckt werden, nicht erfahren. Es ist daher für gelehrte Untersuchungen über die Entstehung eines Krieges, überhaupt über die Politik irgend eines Zeitraums längst üblich, auch die Akten der Gegenpartei so ausgiebig wie möglich heranzuziehen. Diese Akten werden aber einstweilen vorsichtig zurückgehalten; denn die Entente will ja keine unparteiische Prüfung, sondern sie will einen Schuldbeweis. Nur die belgischen Akten sind als politischer

*) Vier Bände, herausgegeben von Graf M. Montgelas und W. Schücking, Charlottenburg 1919.

**) Drei Teile, Wien 1919.

***) Vgl. die unten angeführten Aktenstücke von Siebert, S. 601.

und wissenschaftlicher Ertrag der Besetzungszeit von deutscher Seite herausgegeben worden*). Wir lernen aus ihnen wohl den Eindruck kennen, den die Politik der Großmächte auf einen Kleinstaat machte, und dürfen die Urteile der belgischen Gesandten, zum Beispiel die häufig wiederholte Anerkennung der Friedlichkeit der deutschen Politik und das charakteristische Wort Greindls, daß der Weltfriede niemals ernstlicher bedroht gewesen sei, als seit Eduard VII. ihn zu befestigen trachte, zur Kennzeichnung der europäischen Stimmung benutzen. Aber in die Politik der Entente gewähren sie keinen Einblick.

Um so lebhafter ist es zu begrüßen, daß B. von Siebert einen umfangreichen Band diplomatischer Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, die er als russischer Botschaftssekretär in London gesammelt hat, nunmehr veröffentlicht hat (Berlin 1921, 827 Seiten). Einiges war zwar schon bekannt, manches hat Siebert selbst in amerikanischen Zeitungen abgedruckt; aber erst in seinem Zusammenhang ergibt das reiche Material, das er vor uns ausbreitet, ein wenn auch noch immer nicht vollständiges, so doch in der Hauptsache zusammenhängendes Bild der Ententepolitik. Zur Propaganda ist freilich der dicke Wälzer, der ohne verbindenden Text Aktenstück an Aktenstück aneinander reiht, nicht unmittelbar zu brauchen. Deshalb mag es erlaubt sein, die Ergebnisse, die wir aus dem neuen Artikel gewinnen, hier in möglichster Kürze darzustellen.

Die Veröffentlichung enthält mit einer Lücke vom Juli bis Oktober 1913 Akten vom Sommer 1908 bis in den Juli 1914. Sie setzt mit der englisch-russischen Entente, und zwar mit der Revaler Zusammenkunft zwischen dem Zaren und König Eduard VII. im Juni 1908 ein. Damals hat der englische Unterstaatssekretär Hardinge, der Eduard VII. begleitete, zu dem russischen Minister Iswoltski eine Äußerung getan, die gleichsam das Programm der auswärtigen Politik Englands enthüllt: Wenn Deutschland seine Rüstungen zur See in demselben beschleunigten Tempo fortsetze, so werde in sieben oder acht Jahren eine äußerst beunruhigende und gespannte Lage in Europa entstehen; deshalb wünsche England, daß Rußland zu Lande und zu Wasser möglichst stark sei. Aus diesem Grunde bricht England mit seiner bisherigen russenfeindlichen Politik, macht den Russen wesentliche Zugeständnisse in Persien und gibt ihnen auch die Türkei preis.

Das erste geschlossene Auftreten der Entente während der Annerxionskrisis des Winters 1908/1909 war freilich keineswegs glücklich, denn sowohl England wie Frankreich mußten zugeben, daß die Forderungen Serbiens an Österreich nicht gerechtfertigt waren. Auch war Frankreich damals noch nicht recht kriegslustig. Aber nicht der Haltung dieser beiden Mächte war es zu danken, daß es damals noch nicht zum Kriege kam, sondern allein der militärischen Schwäche Rußlands, das es nicht wagte, es mit der vereinten Macht Österreich - Ungarns und Deutschlands aufzunehmen. Dieses Zurückweichen bedeutete aber alles eher als einen Verzicht auf die Pläne, die der Entente zugrunde lagen. Vielmehr waren die drei Mächte einig, mehr denn je gemeinsam zu handeln und „gleichzeitig militärisch zu rüsten, um ihren Gegnern die Überzeugung beizubringen,

*) Zur europäischen Politik 1897—1914, 5 Bände, Verlag von B. Schwertfeger, Berlin 1919.

daß sie es mit einer politischen Kombination zu tun haben, die sich Achtung zu verschaffen weiß und ihre Forderungen durchsetzen wird“ (Seite 114).

Das vorliegende Aktenmaterial erlaubt uns nur, die diplomatische Seite dieser Vorbereitungen und auch diese nur für Rußland einigermaßen vollständig zu überblicken. Aber es genügt doch, um zu erkennen, wie sehr sich das zielbewußte Streben der Ententemächte nach Beherrschung bestimmter, räumlich fest umgrenzter Gebiete von dem deutschen Prinzip der offenen Tür ohne territorialen Erwerb unterschied. Englands Ziel war, nachdem es sich die wichtigsten Punkte des Mittelmeers gesichert hatte, die nach Indien führenden Verkehrswege in seine Gewalt zu bringen (Seite 331); Frankreich war damals in Marokko beschäftigt, ohne seine finanziellen und seine kirchlich verbrämten politischen Interessen auf dem Balkan und in Kleinasien ganz aus dem Auge zu verlieren. Rußland dagegen suchte zunächst im fernen Osten durch Vereinbarungen mit Japan zu retten, was noch zu retten war; die Kosten dieser Politik wurden von beiden Mächten unbedenklich China auferlegt (vgl. daselbst 6. Kap.). Deutschland ist, wenigstens nach Sieberis Akten, bei diesen Verhandlungen nicht berührt worden; soweit eine bestimmte Richtung der russisch-japanischen Politik überhaupt zu erkennen ist, wendete sie sich vielmehr gegen Amerika.

Das russische Vorgehen in Persien dagegen trifft bereits deutsche Interessen und soll sie treffen, denn die Entente mit England verfolgte ja die Absicht, Deutschland zu verhindern, in Persien festen Fuß zu fassen; auch sein kommerzieller Wettbewerb sollte unterdrückt werden, schon damit er nicht eine Grundlage für künftige politische Interessen werden könnte. Und zwar sollte diese Ausschließung der Deutschen nicht nur für die beiden Zonen gelten, die sich Rußland und England vorbehalten hatten, sondern auch für die neutrale mittlere Zone.

Noch stärker berührte Rußland deutsche Interessen in Kleinasien. Hier hatte die deutsche Unternehmungslust ein weites zukunftsreiches Gebiet gefunden, dessen Offenhaltung von der politischen Selbständigkeit des türkischen Reiches abhing. Nicht im Gegensatz dazu waren die Russen alte Feinde der Türkei und wollten von deren Erhaltung und Stärkung nichts wissen; die Bagdadbahn, die ein festes Rückgrat für die Türkei werden konnte und sollte, war ihnen darum gründlich zuwider. Hier war der Punkt, wo englische und russische Interessen sich am besten zusammenfanden. England bekämpfte nicht allein den wirtschaftlichen und politischen Einfluß der Deutschen in Kleinasien, sondern es bekämpfte auch die Bagdadbahn als einen von seiner Macht unabhängigen Zugang zum persischen Golf und damit nach Indien. Völlig identisch waren die russischen und englischen Interessen auch hier freilich nicht. Für England lag der Schwerpunkt in Mesopotamien und der Verlängerung der Bagdadbahn über Bagdad hinaus. Rußland kümmerte sich mehr um den Norden, die Balkanhalbinsel und die armenischen Gebiete. Und in der Meerengenfrage gingen ihre Interessen sogar deutlich auseinander. England versprach zwar schon 1908, einer Öffnung der Meerengen für die russischen Schiffe zuzustimmen; so oft jedoch die Russen die Frage anschnitten, meinten die Engländer höflich aber energisch, daß der Augenblick nicht gut gewählt sei.

Von deutschen Gegenmaßnahmen gegen diese Aufstellung der Netze, in denen sich die deutsche Politik verfangen sollte, hören wir nicht viel. Das erklärt sich

leicht aus der Art der Akten; die russische Botschaft in London brauchte davon nichts Genaueres zu erfahren. Es erklärt sich aber auch aus der Geringfügigkeit der deutschen Gegenwirkung. Deutschland glaubte, wie Bülow uns in seiner deutschen Politik erzählt hat und wie die Akten (Seite 696) bestätigen, die Entente im Frühjahr 1909 bereits gesprengt zu haben, und beschränkte seine Bemühungen darauf, durch Verhandlungen mit den einzelnen Mächten die Spannung der letzten Jahre zu mildern.

Es ist nun überaus charakteristisch zu sehen, wie unerwünscht es jeweils den zwei Ententegenossen ist, wenn Deutschland mit dem dritten in Unterhandlungen über die Beilegung von Differenzen steht. Und zwar nicht etwa deswegen, weil sie fürchten, daß Deutschland, wenn es der Entente ein wichtiges Glied genommen haben würde, den beiden andern gegenüber seine Übermacht zur Geltung bringen werde, sondern weil sie ihre eigenen imperialistischen Ziele gefährdet glauben. So verfolgen Rußland und Frankreich voll Argwohn die deutsch-englischen Verhandlungen des Winters 1909/1910 über die Bagdadbahn, während ein Jahr später England und Frankreich mißtrauisch die Potsdamer Zusammenkunft zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren und die sich anschließenden Besprechungen über ein allgemeines politisches Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland betrachten. Selbst das bescheidene Ergebnis, das deutsch-russische Abkommen über die Bagdadbahn und über Persien erregte in England große Unzufriedenheit und löste entschiedene Gegenbestrebungen aus.

Trotzdem ist die Entente durch all diese Verhandlungen niemals ernstlich gefährdet worden. Zwar war die Entente mit Rußland in England nie so populär wie die mit Frankreich; und das Vorgehen der Russen in Nordpersien, wo sie sich im Herbst 1911 über die Vereinbarungen von 1907 hinaus zu Herren aufwerfen wollten, führte sogar zu einer Drohung Greys mit seinem Rücktritt. Aber der gemeinsame Gegensatz zu Deutschland war stärker als alle Differenzen. Zwischen England und Deutschland stand die Flottenfrage als unüberwindliche Schranke; daran konnten alle deutschen Beschwichtigungsversuche nichts ändern, weil in England das Vertrauen zur deutschen Politik fehlte. Und ebenso war für Rußland Deutschland der Hauptfeind. Seitdem es in Ostasien keine großen Erfolge mehr erwarten durfte, war der Balkan und Kleinasien das Hauptgebiet seiner Betätigung; und unmittelbar oder mittelbar stieß es nur mit Deutschland zusammen.

Unter diesen allgemeinen Voraussetzungen stand die Agadirkrisis des Sommers 1911. Rußland war an ihr nur indirekt, als Verbündeter Frankreichs, beteiligt und war zum Kriege nicht vorbereitet, aber auch, weil das Ziel der öffentlichen Meinung Rußlands zu fern lag, nicht gewillt. Dagegen stellte sich England, wie auch diese Akten bewiesen, unbedingt hinter Frankreich und zwar mit einer Schroffheit, die nach dem Urteil der russischen Staatsmänner die deutsche Regierung überrascht hat. So führte die Entsendung des deutschen Kriegsschiffs nach Agadir, mit der Deutschland auch nach der Ansicht Greys keinen Krieg beabsichtigt hat (Seite 435), zu einem Zusammenstoß nicht sowohl zwischen Deutschland und Frankreich als vielmehr zwischen Deutschland und England.

Auch für die öffentliche Meinung Englands war die scharfe Zuspitzung der englisch-deutschen Beziehungen und die erneute Kriegsgefahr eine Überraschung; sie sah mit einem gewissen Befremden die Konsequenzen der Ententepolitik und

forderte im Parlament eine Entspannung mit um so stärkerem Nachdruck, als gerade im Spätherbst 1911 die Russen in Persien eine den englischen Interessen keineswegs entsprechende Politik trieben. Das sind die Umstände, die es Grey ratfam erscheinen ließen, auf die erneuten deutschen Annäherungsversuche einzugehen und mit der Entsendung Galdanes sogar den Anschein einer englischen Initiative zu diesen Verhandlungen auf sich zu nehmen. Wieder sehen wir die beiden andern Mächte des Dreiverbandes von Mißtrauen erfüllt; ihnen war jede deutsch-englische Annäherung ein „beunruhigendes Symptom“, obwohl sich die Russen darüber klar waren, daß ein englisch-deutsches Abereinkommen nur möglich war, wenn England darauf verzichtete, „sich der wirtschaftlichen Ausbreitung Deutschlands in allen Weltteilen und dem damit verbundenen Anwachsen seiner Handels- und Kriegsflotte zu widersetzen“ (Seite 768) oder wenn Deutschland seine wirtschaftliche Zukunft opferte. Und weil eine solche freiwillige Preisgabe der eigenen Interessen weder England noch Deutschland zugemutet werden konnte, beurteilten auch die Engländer die Aussichten der Mission Galdanes sehr skeptisch; dieser selbst erwartete (Seite 754) allenfalls eine Détente, aber keine Entente, und es ist schon aus früheren Veröffentlichungen bekannt, wie gering das Entgegenkommen war, mit dem Galdane den Verzicht Deutschlands auf die Erweiterung des Flottengesetzes belohnen wollte. Denn im Jahre 1912 hatte England es nicht mehr nötig, Deutschland goldene Brücken zum Rückzug aus der Weltpolitik zu bauen. Das Zurückweichen im Jahre 1911 hatte Deutschlands Schwäche enthüllt und damit die Dinge ins Rollen gebracht. Seine Politik blieb noch immer friedlich, wie auch die Engländer anerkannten (Seite 772), aber sie war nicht mehr stark genug, die allgemeine Politik zu beeinflussen; die Zügel waren den deutschen Staatsmännern entfallen.

Inzwischen hatte nämlich Italien die Bewegung, die durch die französische Marokkopolitik in die islamische Welt hineingetragen worden war, nach Tripolis fortgepflanzt. Wir kennen aus einem französischen Gelbbuch schon seit geraumer Zeit die Abmachungen, die Italien mit Frankreich wegen seiner Mittelmeerpolitik getroffen hatte. Die Siebertschen Akten geben auch einen freilich nicht vollständigen Einblick in die auf dem gemeinsamen Gegensatz Italiens und Rußlands gegen die Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan beruhenden italienisch-russischen Beziehungen: Im Vertrauen auf diese Vereinbarungen, die ihm freie Hand in Tripolis zusicherten, einerseits und auf den Dreibund andererseits, dem es noch immer angehörte, und nach dem Wunsche der Entente, die das Mißtrauen Deutschlands nicht zu früh wachrufen wollte, auch fernerhin angehören sollte, schlug Italien im Herbst 1911 gegen die Türken in Tripolis los. Die Kompensationen, die Deutschland für die Preisgabe Marokkos im Kongogebiet erlangt hatte, scheinen ihm eine ausreichende Begründung dieses Vorgehens zu sein. Aber die Entente war doch nicht so ganz mit diesem rücksichtslosen Einbruch in fremden Besitz einverstanden. In England entrüstete sich die öffentliche Meinung, auch Frankreich machte Schwierigkeiten, so daß sich Italien mit der traditionellen Zweispartigkeit seiner Diplomatie, wie sich der französische Minister Richon ausdrückte, wieder stärker an die Dreibundsfreunde angeschlossen.

Aber die Festigung des Dreibundes, die sich damit anbahnte und Ende 1912 zu einer vorzeitigen Erneuerung des erst 1914 ablaufenden Bundesvertrages

führte, war nur von kurzer Dauer. Denn wenn Agadir die Tripolisfrage auf die Tagesordnung der europäischen Politik gesetzt hatte, so machte diese die orientalische Frage im ganzen akut und rief diejenigen politischen Faktoren, die am wenigsten durch ethische Bedenken und wirtschaftliche Rücksichten gebunden waren, Rußland und seine Balkan Klientel, auf den Plan.

Es war eine mühsame Arbeit für Rußland gewesen, die untereinander verfeindeten Balkanstaaten unter einen Hut zu bringen. Gleich nach dem Abschluß der Annexionskrise im Frühjahr 1909 setzten die Verhandlungen ein; im Frühjahr 1912 war der Balkanbund endlich fertig. Mit dem Haß gegen den gemeinsamen Erbfeind, die Türkei, hatten sie die Gegensätze zwischen den Balkanstaaten überbrücken können. Den Zeitpunkt des Losschlagens zu bestimmen, hatten die Russen sich vorbehalten. Aber die günstige Konjunktur, die der italienisch-türkische Krieg bot, rief die Balkanstaaten von selbst unter die Waffen. Daß Rußland hindernd eingewirkt hätte, dafür findet sich allerdings auch kein Beweis. Auch die Bewilligung einer Anleihe durch Frankreich an Bulgarien konnte die Unruhe nur vermehren.

Über die Gefährlichkeit dieser Politik war sich Rußland keinen Augenblick im Zweifel. Wohl richtete der Balkanbund seine Spitze zunächst gegen die Türkei; aber jede Verschiebung der Kräfte auf der Balkanhalbinsel berührte Lebensinteressen Österreich-Ungarns, forderte dieses also trotz der auch von den Russen hervorgehobenen Friedlichkeit seiner Politik zum Kampfe heraus. Ob der Abschluß der russisch-französischen Marinekonvention im Sommer 1912 mit der Vorbereitung des Balkankrieges in Zusammenhang steht? Darüber sagen unsere Akten nichts, wie ja überhaupt nicht alles, was in der Welt vor sich geht, gleich altkundig gemacht zu werden braucht. Auch über die Rolle, die Poincaré als französischer Ministerpräsident während seines Besuches in Petersburg im August 1912 gespielt hat, wußten wir gern genaueres, schon um einen Maßstab zu erlangen, mit dem wir die Tragweite des Besuches des Staatspräsidenten Poincaré im Juli 1914 zu Petersburg messen könnten. Immerhin zeigt ein vertraulicher Bericht des russischen Außenministers Sazonow, daß er mit Poincaré alle Möglichkeiten, die sich aus der geplanten Balkanpolitik ergeben konnten, durchgesprochen und von diesem die Zusage voller militärischer Unterstützung für den Fall, aber auch nur für den Fall eines deutschen Eingreifens erhalten hat und daß Poincaré den Eindruck eines sicheren und verlässlichen Freundes von energischem Charakter und frei von Furcht vor Verantwortlichkeit hinterlassen hat (Seite 795 f.).

Bei der allgemeinen Spannung, die in Europa herrschte, führte der Balkankrieg rasch zu einer sehr viel schärferen Kriegsgefahr als die Annexion von 1908 mit ihren Folgeerscheinungen. Besonders schwer fiel es ins Gewicht, daß die Russen, wie ihr Londoner Botschafter Bendendorff meinte, sich vom Gedanken der Revanche für die Niederlage von 1909 leiten ließen. Aber schon ihr Bundesgenosse Frankreich war zurückhaltender. Seine finanziellen Interessen auf dem Balkan verlangten Schonung; nur ein Angriff Deutschlands auf Rußland hätte den Franzosen Anlaß zum Eingreifen geboten. Noch weniger Kriegslust zeigte England. Seine Politik hatte vielerlei Rücksichten zu nehmen, auf die Stimmung der islamischen Welt und ihre Rückwirkung auf Indien, auf die öffentliche Meinung und das Parlament, auf die eigenen Mittelmeerinteressen, denen zum Bei-

spiel das Schicksal Konstantinopels keineswegs gleichgültig war. Infolgedessen schien England eine Mittelstellung einzunehmen zwischen Rußland und seinem Verbündeten auf der einen Seite und Österreich-Ungarn und Deutschland auf der anderen Seite. Noch war es ja auch durch kein militärisches oder maritimes Abkommen mit Rußland verbunden. Als Unparteiischer schien Sir Edward Grey der Londoner Konferenz des Frühjahr 1913 zu präsidieren. Deshalb hatten die Mittelmächte darauf gedrungen, daß die Konferenz in London, nicht in Paris stattfände. Sie hatten auch persönliche Gründe dafür, die Unzulänglichkeit ihrer Vertreter in Paris; mit den Botschaftern in London stand es freilich nach dem Urteil Swolstis auch nicht besser.

Aber selbst die geschicktesten Diplomaten wären — das hat der englische Unterstaatssekretär Nicolson bei der Ernennung Marschalls zum deutschen Botschafter in London betont — nicht mehr in der Lage gewesen, das Schicksal zu wenden. Denn England war 1912/13 nicht mehr unparteiisch, sondern war fest entschlossen, an der Entente mit Rußland und Frankreich festzuhalten und ihr die bisherigen Grundsätze der englischen Orientpolitik zu opfern. Mit der Vorsicht, zu der die parlamentarischen Verhältnisse zwangen, aber doch deutlich genug stellten die englischen Staatsmänner Rußland ihre Hilfe für den Kriegsfall schon damals in Aussicht. Es ist schwerlich ein Zufall, daß gerade in der ersten Hochspannung, im November 1912, der bekannte Briefwechsel zwischen Grey und Cambon über die Bedeutung der militärischen Abmachungen stattgefunden hat. Und gleichsam um die Innigkeit der Beziehungen noch zu unterstreichen, dementierte Grey gleichzeitig (Seite 802) die vom deutschen Optimismus aufgebrachten Behauptungen von einer deutsch-englischen Annäherung. Jedenfalls wußten die Russen Bescheid; sie waren der Mitwirkung Englands sicher, wenn es zu einem allgemeinen Konflikt kam, vorausgesetzt, daß es gelang, das Odium des Angriffs auf Österreich abzuwälzen.

Das gelang aber nicht, denn Österreich-Ungarn wich über alles Erwarten zurück. Es ließ die Vergrößerung der Balkanstaaten zu, ohne sich eine Kompensation auszubedingen. Damit hatten die Russen ihre Revanche für 1909 und zugleich einen großen realen Gewinn. Noch weiter zu gehen und die Adria-Interessen Österreichs und Italiens zu verletzen, schien unter diesen Umständen auch den russischen Staatsmännern für den Augenblick nicht ratsam. Noch einmal blieb der Weltfriede erhalten.

Aber eine Entspannung wurde doch nicht erreicht. Denn so wenig wie die Franzosen auf die Revanche und die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens verzichten wollten, so wenig gaben die Russen ihren Plan auf, alle Slawen durch die Zertrümmerung der Türkei und Österreich-Ungarns zu befreien. Und kaum waren die Balkankriege beendet, da begannen sie bereits die Erfahrungen der letzten Krisis zu verwerten und die noch fehlenden Vorbedingungen für den großen Krieg zu schaffen.

Die eine dieser Vorbedingungen war ein festerer Zusammenschluß des Dreiverbandes. Im Sommer 1909 hatte Swolsti, damals noch russischer Außenminister, anerkannt, „daß jeder Versuch, die gegenwärtigen Ententen in Allianzen umzuwandeln, eine ernste Gefahr für den Frieden bedeute“ (Seite 699). Auch England hatte lange Zeit Bedenken gehabt, feste Bindungen einzugehen. Es ist

vor allem das Wort Benedendorffs, des russischen Botschafters in London, daß alle diese Hindernisse aus dem Wege geräumt worden sind. Die erwähnte Lücke der Sieberischen Akten vom Sommer 1913 erlaubt es uns nicht, alle Einzelheiten der Entwicklung zu überblicken, aber die entscheidenden Schlußverhandlungen des Frühjahrs 1914 liegen in ausreichender Klarheit vor uns. Die Russen hätten am liebsten die Entente in einen förmlichen Dreibund umgewandelt und wollten dazu den Besuch des englischen Königs in Paris im April 1914 benutzen. Aber ein solches Bündnis hätte der Zustimmung der Parlamente bedurft. So begnügte man sich, England mit Rußland durch militärische Verabredungen nach dem englisch-französischen Muster zu verbinden und diese Abmachungen durch einen dem Grey-Cambonschen Briefwechsel nachgebildeten Austausch von diplomatischen Erklärungen zu bestätigen. Auf diese Weise sollte ein englisch-russisches Marineabkommen im Sommer 1914 entstehen. Diese Form bot der englischen Regierung die Möglichkeit, auch jetzt noch das Vorhandensein bindender Verpflichtungen im Parlament abzustreiten. Freilich waren Greys Äußerungen bereits sehr gewunden; und wenn er Ende Juni 1914 der durch Indiskretionen in Paris aufmerksam gewordenen deutschen Regierung versicherte, daß zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits weder ein Bündnis noch eine Konvention bestehe, so war das ein bewußter Täuschungsversuch und wir begreifen sowohl die große Beunruhigung in Berlin wie den Unmut Greys über die Indiskretionen, die ihn zwangen, „gleichzeitig zu dementieren und zu verhandeln“. Der formelle Abschluß der Konvention ist infolgedessen auch verzögert worden. Trotzdem durfte Benedendorff schon Mitte Mai zuversichtlich erklären, daß sich kaum „eine stärkere Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfall finden lasse als der Geist dieser Entente, so wie er sich jetzt zeigt, verstärkt durch die bestehenden militärischen Abmachungen“.

Der Wortlaut aller Abmachungen war defensiv. Aber der Geist zum mindesten der russischen Politik war offensiv. Sie setzte ihre Bestrebungen, Deutschland und Österreich durch Stärkung der Balkanstaaten und durch Auflösung der Türkei zu bekämpfen, ohne Unterbrechung fort. Rumänien wurde stark umworben, da man von seinem Beitritt zur Entente ein noch offensichtlicheres Übergewicht über den Dreibund zu erlangen hoffte; auch die durch den zweiten Balkankrieg aufgelöste Verbindung unter den Balkanstaaten wurde durch Einwirkung auf bulgarische Politiker — Malinow, der Ministerpräsident des Abfalles vom Herbst 1918, wird ausdrücklich genannt — wieder anzuknüpfen versucht. Vor allem wurde jede Stärkung der Türkei hintertrieben und deshalb mit aller Energie die Stellung des deutschen Generals v. Liman in Konstantinopel untergraben. Wieder war es nur die Nachgiebigkeit der Mittelmächte, diesmal Deutschlands, die den Frieden erhielt. „Ich kann nicht umhin zu erklären,“ schrieb der russische Botschafter in Berlin, Swerbejew, am 16. Januar 1914 an Sasonow, „daß das Berliner Kabinett in der Tat alles ihm mögliche getan hat, um unsere Wünsche zu erfüllen“ (S. 672).

Wir wissen aus anderen Quellen, zumal aus dem von den Bolschewisten veröffentlichten Protokoll vom 21. Februar 1914 und dem sich daran anschließenden Bericht Sasonows an den Zaren vom 8. März, daß es Rußland nicht auf den Frieden, sondern auf die Aufrollung der Meerengenfrage und damit des Schicksals

der Türkei ankam. Dafür brauchte es freilich, das hatte Grey 1912/13 immer wieder betont, einen plausibeln Vorwand, der die Entente nicht als angreifende, sondern als angegriffene Partei erscheinen ließ. Deutschland hatte ihn nicht geliefert, sondern der Erhaltung des Friedens lieber ein Zukunftsinteresse geopfert. Deshalb suchten sich die Russen einen neuen Angriffspunkt in Österreich-Ungarn. Dieses konnte jetzt nicht mehr ausweichen, denn bei ihm handelte es sich um unmittelbare Lebensinteressen, die es verteidigen mußte, wenn es sein staatliches Dasein nicht aufgeben wollte. So wird Serbien gegen Österreich-Ungarn vorgeschoben und dieses damit vor die schicksalsschwere Frage gestellt, mit welchen Mitteln es sich gegen die panslawistische Agitation schützen solle.

Selbstverständlich müssen wir uns hüten, zu viel aus dem Material herauszulesen. Daß die Entente oder auch nur Rußland 1914 auf alle Fälle den Krieg habe herbeiführen wollen, läßt sich auf Grund der Siebertschen Akten nicht erweisen. Die serbische Agitation erfüllte ihren Zweck auch dann, wenn sie Österreich-Ungarn immer stärker unterwühlte und damit den von vielen erwarteten inneren Zusammenbruch der Donaumonarchie beschleunigte. Überhaupt ist der unmittelbare Ausbruch des Krieges, die Darstellung der diplomatischen Taten und Versäumnisse der fünf Wochen vom Morde zu Serajewo bis zu den Kriegserklärungen, ein Abschnitt für sich. Aber die Staatsmänner der Mittelmächte und die Völker, die ihnen mit ruhiger Entschlossenheit und gutem Gewissen gefolgt sind, dürfen beanspruchen, daß der Druck gewürdigt werde, der seit Jahren durch die Einkreisungspolitik auf ihnen lastete und ihre Handlungen in jenen kritischen Wochen beeinflusste.

In der Enthüllung der Methoden und Ziele der Einkreisungspolitik scheint mir der Wert der Siebertschen Veröffentlichung zu liegen. Die Politik der Entente stellt sich uns dar als eine unbedingte Machtpolitik. Die eigene Macht zu erweitern, die der Gegner womöglich zu schwächen, ist ihr leitender Gedanke. Sie hat den Krieg als Mittel der Politik keineswegs verschmäht, mit ihm vielmehr von Anfang an gerechnet (vergleiche z. B. S. 111/112 für das Frühjahr 1909) und — das kann auf Grund der neuen Zeugnisse unbedenklich gesagt werden — ihn seit 1912 zielbewußt vorbereitet.

Diese Behauptung gilt ohne Einschränkung für Frankreich und Rußland. Ihre Ziele, Elsaß-Lothringen und Befreiung der Slawen, waren nur durch Krieg zu erreichen. Und diesem Krieg sehen sie zumal seit dem Ausgang des Balkankrieges mit voller Zuversicht entgegen. Es soll hier nicht wiederholt werden, was wir aus andern Quellen längst über die russischen und französischen Rüstungen und Kriegsstimmungen wissen. Als Tatsache darf jedenfalls gelten, daß diese beiden Mächte kriegerische Ziele verfolgt, sich mit allen Mitteln auf den Krieg vorbereitet und Versuche, sich friedlich mit ihren Gegnern zu einigen, in den letzten Jahren unterlassen haben.

Etwas anders stand England zur Kriegsfrage. Sein Ziel war nicht Deutschland reale Besitztümer wegzunehmen, sondern ihm die Zukunftsmöglichkeiten zu beschneiden und damit seine Konkurrenz auszuschalten. Dieses Ziel ließ sich, wenn es gelang, Deutschland durch Einschüchterung zum Verzicht zu bringen, allenfalls auch ohne Krieg erreichen. Dazu bedurfte es freilich eines starken Drucks auf Deutschland, und um das dazu erforderliche Gewicht zu

Haben, mußte England die Entente mit Frankreich und Rußland eingehen und diese beiden Staaten durch Unterstützung ihrer Politik festhalten. Damit trat der Krieg auch für England in drohende Nähe. Seine Staatsmänner fürchteten ihn ebensowenig wie die russischen und die französischen, aber sie fühlten sich durch Rücksichten auf die öffentliche Meinung gebunden und stellten immer wieder vor Augen, daß der Anlaß gut gewählt sein müsse. Als sie ihn 1914 hatten, zögerten sie keinen Augenblick.

Für diese Politik ist es keine Entschuldigung, daß sie sich durch Deutschland bedroht gefühlt hätte. An die Gefahr einer deutschen Hegemonie, von der Garding 1908 gesprochen hatte, glaubte Grey schon im Februar 1909 nicht mehr (Seite 728), und die Friedlichkeit der deutschen Politik ist in den ganzen Jahren vor dem Kriege von den Staatsmännern der Entente nicht bezweifelt worden. Und daß der Kaiser kein gefährlicher Gegner war, das wußten sie auch. Als es Ende 1908 nach der Daily-Telegraph-Angelegenheit schien, als werde die persönliche Politik des Kaisers ausgeschaltet werden, meinte Bendorff, daß die deutsche Politik damit gefährlicher, weil erfolgreicher werde.

Wohl aber ist sich die Entente darüber klar gewesen, daß sie durch die Einkreisung Deutschlands den Frieden bedrohte. Mehrmals, 1909 und 1912, hat Grey zugegeben, daß die Isolierung Deutschlands eine tatsächliche Gefahr für den Frieden bedeute. Denn ein Recht zu leben und sich wirtschaftlich zu betätigen, konnte ja auch dem deutschen Volke nicht grundsätzlich bestritten werden. Gelegentlich fand es darum wenigstens die englische Politik ratsam, ein Ventil für Deutschland zu öffnen. Das tropische Afrika wollte man uns gütigst überlassen. Aber auf diese Verständigungsverhandlungen, die im Sommer 1914 ihrem Abschluß nahe waren, fällt doch ein eigentümliches Licht durch die Tatsache, daß gleichzeitig der Ring der Einkreisung durch die englisch-russische Marinekonvention fest zusammengeschmiedet wurde. Der Beweis, daß England uns den nötigen Lebensraum gewähren wollte, ist noch lange nicht erbracht.

So bleiben manche Rätsel, die uns die Vorgeschichte des Krieges aufgibt, einstweilen noch ungelöst, und der vorsichtig abwägende Historiker zweifelt überhaupt an der Möglichkeit, alle Fragen mit der Entschiedenheit zu beantworten, die dem Politiker für die Zurechnung einer Schuld und für das Aussprechen eines moralischen Urteils erwünscht sein mag. Trotzdem ist uns jede neue Mitteilung wertvoll, die es uns erlaubt, die großen Zusammenhänge zu erkennen, innerhalb deren die deutsche Politik in den Jahren vor dem Kriege gestanden hat und aus denen allein sie verstanden werden kann.



Verlag
1914